

# Heiner Ganßmann

## Der nationale Sozialstaat und die deutsch-deutsche Solidarität

### 1. Die nationale Karte

Wenn man vom verstärkten Gebrauch nationaler Symbole absieht, hatte sich die konservativ-liberale Bundesregierung nach der Vereinigung zunächst in der Artikulation des neuen, gesamtdeutschen Nationalgefühls überraschend zurückgehalten. Es waren nicht zuletzt Teile der Opposition, die sich bemüßigt sahen, die »nationale Karte« zu spielen. Willy Brandts Spruch, daß jetzt zusammenwachsen müsse, was zusammengehöre, war eine ausbaufähige soziobiologische Formel. Helmut Schmidt sprach vom »Glück der wiedergewonnenen nationalen Einheit« und verlangte angesichts der sich abzeichnenden Verschärfung von Ost-West-Verteilungskonflikten von der Regierung, »den Appell an die Solidarität der Nation«, »an unsere Brüderlichkeit und Opferbereitschaft« zu wagen (in »Die Zeit«, 17.5.91). Inzwischen hat sich die Semantik der »Nation« gut eingebürgert.

In seiner offenen Art machte Helmut Schmidt dankenswert deutlich, daß diese Semantik immer mit dem Verlangen nach »Opferbereitschaft« gepaart ist. Sie wird deshalb von Politikern gern eingesetzt, wenn die Staatskasse sich leert. Damit unterstellt die politische Klasse, daß das Gefühl der Zugehörigkeit zu dem sozialen Großgebilde »Nation« bei den als deren Mitglieder Angesprochenen moralische und damit materielle Ressourcen mobilisierbar macht, die auf anderen Wegen für die Politik nicht oder schwieriger erreichbar sind. Historisch ist diese Unterstellung gut gedeckt. Im Namen der Nation, insbesondere der deutschen, sind die erstaunlichsten Dinge möglich gewesen.

Trotzdem (oder deswegen?) fragt sich, ob derlei Mobilisierungskonzepte heute noch aufgehen. Wenn der Verweis auf die Nation, ihre wiedergewonne Einheit und Größe, die erhoffte Opferbereitschaft nach sich ziehen soll, muß man unterstellen, daß für die Deutschen der neue Nationalstaat nichts anderes als eine Verbesserung ihrer aus moralischen, kulturellen, materiellen Bausteinen zusammengesetzten Gesamtlage bedeuten könne. Diese Unterstellung ist vor- und subsoziologisch. Historische Erfahrung und soziologische Aufklärung haben jeden, der es wissen will, inzwischen darüber belehren können, daß es sich auch bei der »verspäteten Na-

tion« (H. Plessner) um eine »imagined community« (B. Anderson) handelt. Um eine imaginiertes soziales Gebilde, eine Konstruktion also, in der Bedürfnisse nach Gemeinschaft, nach Sicherheiten, die nur im überschaubaren, lebensweltlichen Kontext befriedigt werden können, auf ein politisch konstituiertes und in seiner Zusammensetzung heterogenes Kollektiv und seine staatliche Organisation projiziert werden. Derlei Projektion ist prekär, weil Staat und Staatsvolk diese Bedürfnisse normalerweise nicht befriedigen können. Wenn sie auf solchen Bedürfnissen beruht, bleibt die Konstruktion kollektiver Identität über die Semantik der »Nation« instabil, selbst wenn sie sich nicht, wie in der deutschen Tradition, auf die Fiktion einer gemeinsamen Abstammung, eines von Blutsbanden zusammengehaltenen Volkes, bezieht.

Der von Politikern vorgetragene Appell an die Solidarität der Nation als Mittel, erhöhte Zahlungsbereitschaft zu wecken, ist deshalb in doppelter Hinsicht riskant. Einerseits kommt er Bedürfnissen entgegen, die in ihrer Richtungsgebung auf Gemeinschaft irrational und wegen ihrer Kehrseite, der Ab- und Ausgrenzung Nichtzugehöriger politisch und ökonomisch schädlich sind. Das erste Risiko besteht also in der von der offiziellen Politik induzierten Eskalation nationalistischer Gefühle und der Mobilisierung derjenigen sozialen Bewegungen, die von aus fehlgeleitetem Gemeinschaftsbedarf (Lepenies 1992) gespeisten Gefühlen getragen werden. Andererseits wird die ausgespielte nationale Karte nicht unbedingt angenommen, vor allem wenn die damit verbundene Absicht einer Verbesserung der Zahlungsbereitschaft so offen erkennbar wird wie im aktuellen politischen Diskurs. Das zweite Risiko besteht also darin, daß die Semantik der »Nation« auf Unverständnis bzw. Ablehnung stößt - nicht unerwartbar angesichts eines bei vielen Deutschen existierenden Unbehagens an der Nationalgeschichte und angesichts der Tatsache, daß niemand wissen kann, wie sich die in über vierzig Jahren entstandenen zwei deutschen Gesellschaften unter dem Vorzeichen der wiedergefundenen Nation schließlich zusammenraufen werden. Im Zuge der Veralltäglichsung des neuen Nationalstaats wird jedenfalls der Appell an nationale Zusammengehörigkeitsgefühle offenbar mehr und mehr als zweckvolle Propaganda wahrgenommen, auf die man nicht hereinfallen möchte.

Leere Kassen und das Interesse an Machterhalt oder -erwerb verleiten wohl Politiker, dieses doppelte Risiko einzugehen. Beobachtbar und bedenkenswert ist allerdings, daß sich beide Risiken, die ja von unterschiedlichen Bevölkerungsteilen ausgehen, verhaken und wechselseitig steigern können. Während ein Teil der Nation deren Sache beim Wort nimmt und sich, sei es aggressiv nach außen oder gegen Fremde nach innen, sei es im Sinne erhöhter Opferbereitschaft, selbst mobilisiert, wendet

sich ein anderer Teil mit wachsendem Schaudern und zunehmender Zahlungsunwilligkeit ab. Daraus entsteht eine neue gesellschaftliche Bruchlinie, die das Ergebnis, das das Ausspielen der nationalen Karte ursprünglich bewirken sollte, unwahrscheinlich werden läßt. So ist wohl die folgende, erstaunt-entrüstete Klage zustande gekommen: »Nein und abermals nein: So haben wir uns weder die Bundesrepublik nach vier Jahrzehnten noch das befreite, endlich wiedervereinigte Deutschland vorgestellt. Wir hatten gehofft, das Ende der DDR, dieser langersehnte, einzigartige Moment, werde eine allgemeine Aufbruchstimmung zeitigen. Statt dessen macht sich resignierende Unlust breit.« (Ein Manifest, unterzeichnet von Helmut Schmidt u.a., Die Zeit, 13. 11. 1992) Der Gesellschaftswissenschaftler unter den Unterzeichnern, Meinhard Miegel, hatte eine Woche zuvor die »Einheit als Entziehungskur« (Zeit, 6. 11. 1992) schmackhaft machen wollen. Dabei tauchte schon jene Diagnose auf, die im zitierten »Manifest« die mangelnde Resonanz auf den Appell ans Nationale erklären soll. Die Westdeutschen haben Angst um ihr Geld, unter anderm, weil »sie in dem fast zwanghaften Glauben (lebten), ihr Gemeinwesen ruhe ganz wesentlich auf dem brüchigen Fundament ständig zunehmenden materiellen Wohlstands.«(ibid.) Während Miegel zeigen will, daß zwar der materielle Wohlstand beeinträchtigt werden muß, aber das Gemeinwesen eben dadurch gestärkt werden könne (deshalb »Entziehungskur«), gehen die Unterzeichner des »Manifests« mit den Westdeutschen etwas härter ins Gericht: »Wir haben es satt, in einer Raffgesellschaft zu leben, in der Korruption nicht mehr die Ausnahme ist und in der sich allzu vieles nur ums Geldverdienen dreht. Es gibt Wichtigeres im Leben des einzelnen wie auch im Leben der Nation.« (Die Zeit, 13.11.1992)

An dieser Botschaft, die ja bereits als Reaktion auf die mangelnde Zugkraft des Appells ans Nationale verstanden werden muß, ist zweierlei interessant: Das erste Risiko, daß der Nationalismus außer Kontrolle gerät, wird durch ambivalente Formulierungen verharmlost: »Auch wir«, so heißt es im *pluralis populi*, »müssen achtgeben, daß ein nationales Selbstbewußtsein à la Jörg Haider, Le Pen und Schönhuber nicht zu aggressivem Nationalismus und schließlich zu Intoleranz und Illiberalität wird«. In Bezug auf das zweite Risiko wird denjenigen, die sich gegenüber dem Appell ans Nationale bisher taub gestellt haben, eine amoralische Orientierung am schnöden Mammon vorgeworfen. Lassen wir beiseite, daß das »nationale Selbstbewußtsein à la Jörg Haider« etc. schon lange zu aggressivem Nationalismus, zu Intoleranz und Illiberalität geworden ist, leider nicht nur bei Haider. Wie treffend ist die Diagnose, daß die nationale Gefühlsverweigerung die Kehrseite übersteigerter und amoralischer Raffsucht sei? »Das Zurücktreten der moralischen, kulturellen und geistigen

Werte hinter praktischen Leistungen und beruflichen Erfolgen, die primär in Geld gemessen werden, ist schon heute das traurige Kennzeichen unserer Zeit« (ibid.). Kann man es sich mit der Gesellschaftsdiagnose so einfach machen?

Zwei Komplikationen sind bedenkenswert: Erstens geht, entgegen einem auch in der Soziologie verbreiteten Vorurteil, die Gleichung Geldorientierung = Amoralität nicht auf. Zweitens kann die fiskalpolitische Strategie, nach dem »Gold-gab-ich-für-Eisen« - oder dem Muster des »Eintopftags« der Nazis sozial undifferenziert moralische Ressourcen von »allen Deutschen« zu beanspruchen, heute nicht mehr so umstandslos funktionieren wie vor der Überstrapazierung der Semantik der »Nation« durch das wilhelminische Deutschland und das der Nazis. Die etablierten Umverteilungsansprüche des Staates beruhen in der alten Bundesrepublik auf einem eingespielten System »impliziter Kontrakte« (Offe 1991). Die (weitgehend negativen) Reaktionen der Bevölkerung auf gesteigerte und gewandelte politische Umverteilungsansprüche müssen vor dem Hintergrund dieses Systems gesehen werden. Es handelt sich dabei keineswegs um eine staatlich-administrative »Sphäre normfreier Sozialität« (Luhmann/Habermas), sondern um an Institutionen gebundene Vorstellungen von Fairness oder Gerechtigkeit, die von der Politik respektiert werden müssen, wenn der Staat seine Umverteilungsansprüche ohne bedeutende Legitimationsverluste decken will. Natürlich sind Änderungen dieses Systems »impliziter Kontrakte« denkbar, etwa wenn, wie im Falle der deutschen Einigung, für alle Beteiligten und Betroffenen erkennbare, dramatische Entwicklungsbrüche stattfinden. Aber jene Änderungen sind nicht beliebig von oben zu verordnen. Sie können auch nicht ohne weiteres durch den Appell an nationale Solidarität gedeckt werden. Vielmehr müssen demokratische, also im Prinzip abwählbare Politiker für die entstandene und vorgesehene Lasten-und-Gewinn-Verteilung aus der Einheit nachvollziehbare Gründe angeben können, wenn sie Zahlungsbereitschaft erzeugen oder erhalten wollen. Dazu gehört, daß die Interessen, die in die praktische Verwirklichung des neuen Nationalstaats eingehen, kenntlich gemacht werden.

Mit den folgenden Überlegungen versuche ich einen Schritt in diese Richtung, indem ich einfach zu verstehende Interessen im neuen deutschen Nationalstaat darstelle. Mit der Nachzeichnung vordringlich ökonomischer Interessenlagen verbinde ich nicht die Behauptung, daß es keine anderen Interessen oder Handlungsmotive, etwa Liebe, Freundschaft oder Solidarität, gibt. Es ist aber sicherlich eines der spannendsten Probleme des sozialen Großexperiments Vereinigung, inwieweit solche Interessen und Motive über die jeweiligen lebensweltlichen Interaktions-

zusammenhänge hinaus auf gesellschaftlicher Ebene wirksam werden können. Der umstandslose Appell an die nationale Solidarität unterstellt, daß der Nationalstaat lebensweltlich gestiftete moralische Ressourcen nach wie vor beanspruchen kann. Ob dem so ist, ist zwar nicht nur eine empirische Frage (Wer ist mit solchen Appellen überhaupt noch ansprechbar?), sondern auch eine moralische, die im Lichte der deutschen Geschichte diskutiert werden sollte. Ich beschränke mich aber im folgenden auf Annäherungen an den empirischen Aspekt. Auf welche Bedingungen stößt der Versuch, die Semantik der »Nation« im vereinigten Deutschland erneut politisch zu instrumentalisieren? Muß nicht ein erfolgsversprechender, d.h. zeitgemäßer und legitimationsfähiger, politischer Diskurs ohne die in dieser Semantik traditionell implizierte Projektion von lebensweltlichen Gemeinschaftsidealen auf soziale Großgebilde wie die Gesellschaft und ihren »politischen Anstaltsbetrieb« (M. Weber) Staat auskommen?

## 2. Die Ausgangslage

Rein ökonomisch gesehen müßte die überwiegende Mehrheit der Westdeutschen (und damit die gesamtdeutsche Mehrheit) bereits die Leipziger Parole: Wir sind *ein* Volk, als unsittlichen Antrag empfunden haben. Damit war die regimekritische Formel: Wir sind *das* Volk, zweideutig umgeschlagen in eine wirtschaftsbürgerliche Anspruchsformel einerseits und eine Reminiszenz an das gesamtdeutsche Staatsvolk andererseits. Auf die erste Deutung antwortet der Wessi im Witz: Wir auch. Auf die zweite antwortete (unter anderem) der Artikel 23 des Grundgesetzes, der den Westdeutschen in der Einigungsfrage förmlich eine passive Rolle zuschrieb. Mit jener Zweideutigkeit ist auch die heutige Problemlage einfach zu beschreiben: ein Volk in rechtlicher und politischer, zwei Völker in wirtschaftlicher Hinsicht. Das »Beitrittsgebiet« bleibt ökonomisch eine Sonderzone, die als solche statistisch beobachtet und mit wirtschaftspolitischen Therapien überzogen wird. Was bedeutet das für die Interessenlagen in der Nation?

Zunächst will ich zeigen, daß die nationale Einheit sich für die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung erkennbar auf absehbare Zeit »nicht rechnet«. Dabei muß man zwischen kurzfristigen Übergangskosten und mittel- bis langfristigen Belastungen unterscheiden. Die Frage, warum die Mehrheit die Politik der Einigung akzeptiert hat, ist eine andere als die, inwieweit die Mehrheit die daraus entstehenden Belastungen auch in Zukunft akzeptieren wird. Die Antwort auf die letztere Frage hängt sicherlich mit davon ab, wie diese Belastungen verteilt werden - und dabei

kommt unvermeidlich der Sozialstaat, oder genauer: das System sozialer Sicherung, ins Spiel.

Ich vermute, daß die spezifische Politik der Einigung, mit vorgezogener Währungsunion und 1:1 Austauschrelation, im Westen zunächst toleriert wurde (von mehr kann man angesichts der Wahlergebnisse der Koalition nicht sprechen), weil sie einerseits einfach den Normen des Grundgesetzes und den Traditionen der politischen Semantik in der alten BRD folgte, und weil sich andererseits kaum jemand über die aus dieser Form der Einigung entstehenden Kosten klar war.

Die alte Bundesrepublik hatte schon immer Prämien für Ost-West-Mobilität gezahlt. »Go West« war und blieb die, zeitweise mit dem wunderbar passend etikettierten »Begrüßungsgeld« unterfütterte, Devise auch im Jahr nach der Maueröffnung. Der Erfolg war so groß, daß nun umgekehrt im Westen mit der Angst vor einer Einwanderungswelle (...sonst kommen wir!) gespielt werden konnte: Plötzlich sollten Prämien dafür gezahlt (und finanziert) werden, daß die DDR-Bevölkerung zu Hause blieb und nicht die Arbeits- und Wohnungsmärkte der Westdeutschen überschwemmte. Aus der Perspektive entsprechender Ängste erschien wohl die rasche nationalstaatliche Einigung, die ja unter anderm eine politische Kontrolle dieser drohenden Wanderungsprozesse und der gegenläufigen Geldströme versprach, auch unter rein ökonomischen Gesichtspunkten als alternativlos.

Abgesehen von der Geschwindigkeit und entsprechenden Unkontrollierbarkeit des Vorgangs war für seinen reibungslosen Anfang aber entscheidend, daß sich die meisten Alt- und Neubundesbürger - vom Kanzler bis zur Frau auf der Straße und den Wirtschaftsforschungsinstituten - Illusionen darüber machten, wie schnell die Marktwirtschaft den alles heilenden, segensreichen Aufschwung in der Ex-DDR bewirken würde. Den Westdeutschen, aber nicht nur denen, war nicht bewußt, wie schlecht die ökonomische und ökologische Lage dort wirklich war.<sup>1</sup> Zudem galten die Ostdeutschen als eine Art kleiner Riese, der, einmal von den Fesseln sozialistischer Mißwirtschaft befreit, umstandslos zu ähnlich glorreichen Wirtschaftstaten schreiten würde wie sein westdeutscher großer Bruder.

All diese Erwartungen haben sich nicht bestätigt. Die Talfahrt in der Ex-DDR-Wirtschaft insgesamt hielt mindestens bis ins erste Halbjahr 1992

---

1 Trotzdem muß man sich den Blick dafür nicht verstellen lassen, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Katastrophe in der ehem. DDR natürlich nicht nur mit »Altlasten« sondern einerseits mit Spekulationen zu tun hat: Je länger ein Interessent an einem DDR-Betrieb sich mit dem Kauf zurückhält, um so günstiger wurden bisher die Investitionsbedingungen. Andererseits sind die entscheidenden Verflechtungen, in die die DDR-Wirtschaft eingebunden war, durch das Auseinanderfallen des RGW-Systems zerbrochen und durch neue Märkte im Osten nicht ersetzt worden.

an. Nach wie vor verschlechtert sich die Beschäftigungssituation, auch wenn sich das Tempo des Stellenabbaus verlangsamt. Viele Ostdeutsche haben längst verstanden, daß die Vernichtung von Arbeitsplätzen sehr viel schneller geht als ihr Neuaufbau: Soweit sie mobil sind, suchen sie Arbeit im Westen (vom vierten Quartal 1989 bis zum vierten Quartal 1991 schätzen DIW und IfW die Zahl der Übersiedler auf 648 Tsd., die der Pendler auf 482 Tsd. (DIW 1992/39, S.469), wobei es sich um einen überproportionalen Anteil von qualifizierten Arbeitskräften, insbesondere jungen Männern (Wirtschaftswoche, 8. 3. 1991) handelt.

Die Daheimgebliebenen bewegen sich in einer wirtschaftlichen Trümmerlandschaft und werden in der Mehrzahl aus eigener Kraft nicht in der Lage sein, durch den Aufbau neuer Arbeitsplätze in den Genuß der wohlfahrtssteigernden Zutaten der Weltmarktanbindung zu kommen. Für Aufbau und Zusatzgenuß zahlen die Westdeutschen. Aber wieviel werden und müssen sie auf Dauer zahlen? Die Katerstimmung hat eingesetzt. Einmal kräftig ins Portemonnaie zu langen, um eine Wiedervereinigungsfeier zu spendieren (nach dem Muster des »Begrüßungsgeldes«), ist etwas anderes, als über viele Jahre auf die gewohnten, selbstbewußt der eigenen Leistung zugerechneten Einkommenszuwächse zu verzichten. Diese Zurechnung, die Rückführung des eigenen, individuellen Wohlstands auf die eigene, individuelle Leistung, ist auf viele Weisen institutionalisiert, sei es in Lohnfindungsformen oder in der Bemessung sozialstaatlicher Transfers. Sie dürfte ein fester Teil des altbundesdeutschen Alltagsbewußtseins sein. Angesichts des zur Finanzierung der Einheit geforderten Einkommens(zuwachs)verzichts wird nun plötzlich gegen diese Zurechnung argumentiert: Die Westdeutschen hätten nur Glück gehabt, letztlich hätten sie ihren Wohlstand nur dem Umstand zu verdanken, daß die Westalliierten am Ende des 2. Weltkriegs nicht am Rhein, sondern an der Elbe halt gemacht hätten, usw. Aber sehr einsichtig sind derlei Argumente nicht. Sie dürften an eingeschliffenen Denkgewohnheiten abprallen. Auch der Vereinigungsspaß hört irgendwann beim Geld auf, nicht aus Raffsucht, sondern weil das eigene Einkommen als Äquivalent für die eigene Leistung gilt. Es steht einem fairerweise zu.

Kann die Forderung von Solidarität im Namen der Nation, gepaart mit dem Vorwurf der egoistischen Raffsucht, in diesen Überzeugungspanzer einbrechen? Mit Helmut Schmidt scheint sich für einen Teil der politischen Klasse die Beanspruchung dieser Solidarität als einer als vorhanden unterstellten moralischen Ressource anzubieten. Ob die Überzeugung, daß das funktionieren kann, nun auf der Projektion jeweils eigener Normen auf das »Volk« beruht oder auf die instrumentalistisch-distanziert wahrgenommene Möglichkeit baut, eine Art synthetischen Nationalismus

von oben zu erzeugen, in jedem Fall soll der Appell an die nationale Solidarität die Wahrscheinlichkeit einer dauerhaften Akzeptanz der Kosten der Einheit steigern.

Ob das gelingen kann, hängt sowohl von der Höhe dieser Kosten ab als auch davon, wieviel Mobilisierungskraft das vorhandene oder das als Identifikationsangebot wiederbelebte deutsche Nationalgefühl hat. Einerseits besteht die Möglichkeit, daß marktkonforme Einstellungen das nationale Pathos blamieren. Dann wird man sich für die Regelung der Kostenverteilung der Einheit andere Mittel und Argumente einfallen lassen müssen. Andererseits besteht die Gefahr, daß der aus einer ökonomischer Zwangslage geborene Appell ans Nationale nicht nur ein paar Jugendlichen-Randgruppen rechts außen mehr Deckung für ihr kriminell-rassistisches Treiben gibt, sondern auch massiv jenen Herrenmenschen freisetzt, der jetzt schon bei vielen den Umgang mit Ausländern und das Verhältnis der West- zu den Ostdeutschen mitprägt und gesamtdeutsch auf jeder Stufe der sozialen Hackordnung auf der Suche nach Unterlegenen ist. Zwischen diesen beiden Extremen unter den möglichen Ausgängen des Appells ans Nationale liegen viele andere, auch der sicherlich von Helmut Schmidt gewünschte: Die Deutschen krempeln - bildlich gesprochen - für die nächsten 10 Jahre die Ärmel hoch, schnallen die Gürtel enger, fahren ein paar Sonderschichten (oder auch Subotniks) und am Ende geht es den vormaligen »Brüdern und Schwestern jenseits von Mauer und Stacheldraht« genauso gut wie den Altbundesdeutschen. Wenn alle schön brav bleiben und die Randbedingungen stimmen, warum soll es nicht so kommen?

Einige sind schon jetzt nicht brav, aber da hilft vielleicht die Polizei. Die Randbedingungen, von der Weltwirtschaftsentwicklung bis zum Schicksal der Sowjetunion, sind schwer überschau-, prognostizier- und kontrollierbar. Sie sehen eher düster aus, aber das kann sich ändern, also lassen wir sie außer Betracht. Dann besteht das Hauptproblem des weiteren Einigungsprozesses darin, den »Aufschwung Ost« endlich in Gang zu setzen. Abgesehen von der Frage, ob und wie ein solches gesellschaftliches Großprojekt kompetent gemanagt wird, kommen wir wieder zur Kostenfrage. Um den Schmidtschen Idealfall zu realisieren, müssen die von den Kosten dieses Projekts Belasteten das Gefühl haben können, daß erstens die Kosten in ihrer Höhe angemessen und daß zweitens die Belastungen fair verteilt sind. In dieser Hinsicht stehen die Chancen schlecht, wenn man von den bisjetzt dreijährigen Erfahrungen mit dem Einigungsvorgang auf die Zukunft schließen darf.



### 3. Die Kosten der Einheit

Stellen wir zunächst die aktuelle Differenz in der wirtschaftlichen Leistungskraft zwischen West- und Ostdeutschland fest. Die Industrieproduktion in der ehem. DDR ist nach dem Vollzug der Währungsunion rapide gesunken und belief sich im Sommer 1992 nur noch auf ein Drittel des Niveaus vor dem DDR-Zusammenbruch. (Übrigens, wenn man tief genug gesunken ist, kann es nur noch aufwärts gehen. Die Zuwachszahlen aus dem Keller sehen meist sehr eindrucksvoll aus, sagen aber wenig über das Wohlstandsniveau. Erfolgsmeldungen über die Wende zum Besseren in der Wirtschaft der Ex-DDR sollten nach diesem Kriterium geprüft werden.) Das reale Bruttoinlandsprodukt ist von 80,4 Mrd. DM im ersten Quartal 1990 auf 46 Mrd. im ersten Quartal 1992 (DIW 39/92, 468) gefallen, wobei jedoch für 1992 insgesamt erstmals mit einem Anstieg um 3,5% gegenüber dem Vorjahr gerechnet wird. Der Tiefpunkt des Tals der Tränen scheint also durchschritten. Das Bruttosozialprodukt Ostdeutschlands wird für 1992 auf 241,5 Mrd. DM geschätzt, das sind 8,7% des westdeutschen Bruttosozialprodukts (2771,5 Mrd. DM). Erwirtschaftet wird dieses Produkt von (im Durchschnitt des Jahres 1992) 6,17 Millionen Erwerbstätigen (das sind 21% der Erwerbstätigenzahl in der alten BRD).<sup>2</sup> Das Bruttosozialprodukt pro Erwerbstätigen betrug 39141 DM, das sind 41,6%, also weniger als die Hälfte der durchschnittlichen Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung in der alten BRD. Die Vergleichszahlen sehen damit für Ostdeutschland etwas günstiger aus als im Vorjahr (WiSta 5/1991, S.306). Aber bei nach wie vor rückläufigen Erwerbstätigenzahlen und nach wie vor rückläufigem Arbeitsvolumen (DIW 44/92, S.595) geht die Verringerung des Abstandes in der Produktivität wohl hauptsächlich darauf zurück, daß unbeschäftigte, aber bezahlte Arbeitskräfte ausgeschieden sind.

Mit einem Erwerbstätigeneinsatz von etwa einem Fünftel wird in der ehem. DDR ein Bruttosozialprodukt von weniger als einem Zehntel des westdeutschen Niveaus erwirtschaftet. Für 1993 rechnen die fünf Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Gemeinschaftsgutachten mit einem Anstieg des BSP (Ost) auf 291 Mrd. DM und einem Rückgang der Erwerbstätigenzahl auf 5,9 Millionen. Die Arbeitslosenquote soll auf 16,5% ansteigen. Zwar wird die Stundenproduktivität, wie das bei wachsender Arbeitslosigkeit normalerweise der Fall ist, ansteigen. Aber die Erwerbstätigenquote (Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung) und das Gesamtarbeitsvolumen in Ostdeutschland fallen nach wie vor, wenn auch ein verlangsamtes Tempo erwartet wird. Das Arbeitsvolu-

2 Zum Vergleich: Anfang 1989 gab es in der DDR noch 9,93 Mill. Erwerbstätige.

men sank 1991 um 33,6%, für 1992 und 1993 wird ein weiterer Rückgang um 4 bzw. 3,5% geschätzt (DIW 44/92, S.595). Unterm Strich bedeuten diese Zahlen, daß eine wegen Übersiedlungen leicht schrumpfende ostdeutsche Bevölkerung sich mit deutlich weniger Erwerbsarbeit reproduzieren muß.

Normalerweise folgt aus einer solchen Konstellation, daß die Einkommen, letztlich also die verfügbaren Haushaltseinkommen, sinken. Sie sind aber in den neuen Bundesländern nach wie vor gestiegen, lagen 1991 um 23,1% und 1992 (geschätzt) um 22,5% über dem Vorjahrsniveau. Nach Abzug der Preissteigerungen verbleiben reale jährliche Einkommenszuwächse der Gesamtheit<sup>3</sup> der privaten Haushalte von etwa 10%. Diese Zuwächse übersteigen die Zuwächse der Wirtschaftsleistung deutlich. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm in Ostdeutschland 1991 um 31,4% ab, für 1992 wird mit einem Zuwachs von 3,5% gerechnet. Die Löhne steigen schneller als die Produktivität, die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte (1991: 199,9 Mrd. DM) übersteigen in den neuen Bundesländern das dort erwirtschaftete Bruttosozialprodukt (195,4 Mrd. DM). Oder anders: Während das Bruttosozialprodukt in der ehem. DDR sich 1991 auf 7,4% (1992: 8,7%) desjenigen in der alten BRD belief, erreichte der private Verbrauch die Höhe von 13,1% (1992: 14,6%) des westdeutschen Niveaus. (DIW 44/92, S.593f.)

Die Frage drängt sich also nach wie vor auf: Wer bezahlt (wie) die Differenz zwischen dem, was in der ehem. DDR erwirtschaftet, und dem, was dort an Einkommen zugeteilt und verbraucht wird? Irgendwo muß das Geld für die »Kaufwelle« (Bundesbank 7/91, S.22) der ostdeutschen Nachholkonsumenten herkommen. Wenn der laufende Geldbedarf das Einkommen übersteigt und man keine Anrechte auf zusätzliche Geldleistungen hat, gibt es drei ehrliche Möglichkeiten, um zu Geld zu kommen: Entweder man macht Schulden. Oder man liquidiert Vermögen, verwandelt also Besitzstände in Einkommen. Oder man läßt sich Geld schenken. Abgesehen von der Treuhandanstalt läuft das private und staatliche Schuldenmachen in der ehem. DDR nur zögerlich an, hauptsächlich, weil die Gläubiger natürlich Sicherheiten verlangen, die in solch unsicheren Zeiten und Umständen nicht zu bieten sind. Die Vermögensliquidation findet auf privater und staatlicher Ebene zwar statt, aber bei weitem nicht in einem Ausmaß, das die Lücke zwischen Einkommen und Verbrauchsausgaben schließen könnte. Abgesehen von Teilen des Immobilienmarktes ist die Situation für die Verkäufer von DDR-Vermögen, allen voran die Treu-

---

3 Das das Aggregat »verfügbares Einkommen der privaten Haushalte« kräftig wächst, schließt natürlich nicht aus, das es bei einigen sozialen Gruppen (Arbeitslose usw.) abnimmt.

handanstalt, nach wie vor denkbar ungünstig. Die Erwartung (aus dem Herbst 1990) eines Verkaufswerts der ehemals staatlichen Betriebe von 600 Mrd. DM ist durch die (wahrscheinlich noch niedrig gegriffene) Erwartung eines Abschlußdefizits der Treuhandanstalt von 250 Mrd. Ende 1994 ersetzt worden. Trotz aller Privatisierungsanstrengungen sitzt die Treuhandanstalt noch auf etwas mehr als einem Viertel aller Industrieunternehmen, die 57 % der Beschäftigten in der Industrie stellen.

Wenn die Vermögensliquidation nicht genug bringt, um die Lücke zwischen Einkommen und Verbrauch zu decken und die Möglichkeiten, Schulden zu machen, begrenzt sind, bleibt als dritte Möglichkeit der Gelderwerb durch Schenkung. Geldzuwendungen ohne Gegenleistung gibt es in zwei Formen, private und öffentliche. Ökonomisch relevant und politisch interessant sind die öffentlich organisierten, monetären West-Ost-Transfers.

Voraussichtlich wird das Gesamtvolumen dieser Transfers in diesem Jahr bei insgesamt 160 Mrd. DM (DIW 44/92, S.580) liegen, nach 131 Mrd. DM 1991. Diese Summe entspricht etwa 2/3 des ostdeutschen Bruttosozialprodukts (und immerhin ca. 5,8% des westdeutschen. D.h. von jeder DM, die im Westen erwirtschaftet wird, fließen etwas über 5 Pfennig via Staatskasse in den Osten, womit der Staat zu jeder DM, die im Osten erwirtschaftet wird, noch einmal etwa 66 Pfennig beisteuert. Der größte Teil dieser Summe fließt (über die Einkommen von Rentnerinnen, Arbeitslosen, Kurzarbeitern und öffentlich Bediensteten) in den Verbrauch, und davon wieder der größte Teil (bisher) in den Verbrauch westdeutscher oder importierter Konsumgüter (was hier nur wegen seiner Bedeutung für die künftige Wirtschaftsentwicklung vermerkt sein soll)<sup>4</sup>.

Soweit der einfache Stand der Dinge. Alles weitere wird kompliziert, etwa wenn man wissen will, wer letztlich die Gewinner und die Verlierer bei dieser Operation sind, oder wie es wahrscheinlich weitergeht.

Bleiben wir zunächst bei dieser zweiten Frage: Die Bundesbank z.B. hat im letzten Jahr betont, daß durch »die Transfers ... die Anpassungsprozesse sozial abgefedert sowie die finanziellen Voraussetzungen für die Verwaltungstätigkeit und für das Ingangkommen der öffentlichen Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur geschaffen« (Bundesbank 7/1991, S.29) werden sollen. Der zwecks Finanzierung der Transfers ent-

---

4 Zunächst profitieren also vor allem die westdeutschen Produzenten (und Importeure) von Verbrauchsgütern von diesem West-Ost-Kreislauf, der für die ostdeutsche Konsumgüterindustrie verheerende Folgen hatte. Die Transfers haben zwar einen positiven Nachfrageeffekt, aber an der falschen Stelle. Dem Waren- und Dienstleistungsstrom von West nach Ost im Wert von 240 Mrd. DM (1992) steht einer von 55 Mrd. DM in umgekehrter Richtung entgegen.

standene »Verschuldungsschub durch (den) Vereinigungsprozeß« (Bundesbank 8/1991, S.36) sei zwar durch die »Ausnahmesituation« zu rechtfertigen, aber »längere Zeit« dürfe man so etwas nicht machen. Widrigenfalls beschwört die Bundesbank »die Gefahr gravierender gesamtwirtschaftlicher Fehlentwicklungen« (S.40) herauf. Da die Bundesbank durchaus in der Lage ist, solche »Fehlentwicklungen« selbst zu produzieren, also etwa den Teufel Inflation durch Leitzinserhöhungen mit dem Beelzebub Rezession auszutreiben, durfte man solche Worte durchaus als Warnung an die Regierung verstehen. Defizitär finanzierte Konsumausgaben sind demnach allenfalls zwecks »sozialer Abfederung« kurzfristig opportun, solange bis irgendwelche nicht genauer spezifizierten »Anpassungsprozesse« abgelaufen sind.

Was aber, wenn diese Anpassung kurzfristig nicht gelingt? Auf keinen Fall, so die präventiv von der Bundesbank ausgegebene Direktive, dürfen Ausmaß und Form der Staatsverschuldung fortgesetzt werden. Soll dann also Schluß gemacht werden mit dem »sozialen Abfedern«? Oder sollen die Westdeutschen nun stärker direkt und weniger über den Umweg der Verschuldung zur Kasse gebeten werden?

Um die Berechtigung der Sorgen unserer Geldwächter einzuschätzen, müssen wir zwei Fragen beantworten: 1. Wird in absehbarer Zeit die Notwendigkeit von beträchtlichen öffentlichen Ost-West-Transfers entfallen? 2. Wenn nicht, gibt es Alternativen zur Staatsverschuldung als Finanzierungsweise dieser Transfers?

Zur Zeit besteht, wie wir gesehen haben, eine beträchtliche Differenz zwischen dem, was in der Ex-DDR verbraucht, und dem, was dort an Einkommen erwirtschaftet wird. Diese Differenz kann im Prinzip auf zwei Wegen abgebaut werden: Entweder das erwirtschaftete Einkommen steigt, oder der Verbrauch sinkt. Einkommenssteigerungen setzen Wachstum, also einen Ausweg aus der gegenwärtig eher stagnativen Tendenz der ostdeutschen Wirtschaft voraus. Dazu braucht es, nach dem Lehrbuch, vor allem Investitionen - und die sind bisher so dünn gesät, daß die Hoffnung auf selbsterwirtschaftete Einkommenszuwächse in der ehem. DDR (»das Licht am Ende des Tunnels«) bisher noch wenig Stütze in der Realität findet. Die ostdeutschen Anlageinvestitionen beliefen sich 1991 mit 86,2 Mrd. DM auf 14,7% der westdeutschen (1992: 17,5%). Um sich eine Vorstellung von der Bedeutung dieser Zahlen zu machen: Im selben Jahr betrug die Zahl der ostdeutschen Erwerbstätigen 24,6% (1992: 21%) der westdeutschen. Das heißt, daß relativ zur Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland nach wie vor deutlich weniger investiert wurde und wird als in Westdeutschland. Auf diese Weise kann eine Angleichung der wirtschaftlichen Leistungskraft nicht zustandekommen. Tat-

sächlich ist, wenn man, wie üblich, Westdeutschland als Modell nimmt, der Kapitalbedarf für die Ausstattung von, sagen wir, 5-6 Millionen weltmarktkonkurrenzfähigen Arbeitsplätzen (inklusive der entsprechenden, öffentlich bereitgestellten Infrastruktur) so immens<sup>5</sup>, daß Finanzierung und Realisierung der entsprechenden Investitionen wenigstens 10 Jahre in Anspruch nehmen müssen. Zudem müssen die Investitionen aber auch noch in die richtige Richtung gehen, d.h. es müssen genügend innovative Schumpetersche Unternehmer auftauchen, die wissen, *womit*, mit welchen Produkten oder Dienstleistungen man auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sein wird. Der Aufschwung Ost ist also nicht nur ein finanzielles Problem, aber allein die finanziellen Voraussetzungen bedeuten: Kurz- und mittelfristig gibt es keine Aussichten dafür, daß die Lücke zwischen Konsum und Produktion in den neuen Bundesländern durch dort selbsterwirtschaftete Einkommenszuwächse abgebaut wird.

Es bleibt also nur die Möglichkeit, den Verbrauch zu senken. Auch dafür stehen die Aussichten nicht gut, ganz abgesehen von der menschlichen Seite, also vom dann sozial nicht abgedeckten Absturz in die Armut. Man kann (in einer Geldwirtschaft) den Verbrauch nur dadurch senken, daß man die verfügbaren Geldeinkommen, an erster Stelle die Löhne, absenkt. Dabei nimmt man aber in Kauf, daß das eigentliche Ziel, die Verringerung der Lücke zwischen Produktion und Verbrauch, verfehlt wird, wenn und soweit die Senkung der Geldeinkommen zu einer weiteren Abnahme der wirtschaftlichen Aktivitäten führt. Die Notwendigkeit der Defizitfinanzierung wird so nicht beseitigt.

Unter dem Gesichtspunkt der Produktivität und Konkurrenzfähigkeit ostdeutscher Unternehmen muß man, wenn man durchschnittliche Verhältnisse unterstellt, sagen: Die Geldlöhne in der ehem. DDR sind für die überwiegende Anzahl der Betriebe offensichtlich zu hoch. Das stimmt, aber ebenso offensichtlich ist die Leistungsfähigkeit der Betriebe nicht der einzige Maßstab, an dem sich Lohnforderungen orientieren. Im Osten haben die Gewerkschaften wie selbstverständlich begonnen, Lohnforderungen in Prozent der westlichen Tariflöhne auszudrücken. Diese Tendenz ist angesichts eines offenen Arbeitsmarktes mit möglicher Ost-West-Mobilität nachvollziehbar. Sie wird von der alten gewerkschaftlichen Norm »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« gestützt. Konkurrenzprozesse (in der Form von Arbeitskräftemobilität) wirken zudem daraufhin, daß größere Lohndifferenzen in einem tendenziell einheitlichen Arbeitsmarkt auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden können. Zum Niedriglohngebiet Ex-

---

5 Miegel führt in dem oben zitierten "Zeit"-Artikel eine entsprechende Rechnung vor.

DDR gehören also Abwanderungsbewegungen.<sup>6</sup> Sie sind nach wie vor kräftig. Im zweiten Quartal 1992 betrug die geschätzte Anzahl der Pendler 534 Tsd. Die Gesamtzahl der Übersiedler von IV/1989 bis II/92 wird auf 512 Tsd. geschätzt. Die Zahl der Pendler wächst deutlich schneller, die der Übersiedler nur noch langsam, wohl weil der westdeutsche Wohnungsmarkt immer weniger Umzüge zuläßt. Welche Auswirkungen die westdeutsche Rezession haben wird, läßt sich vermuten: Der Nachfragesog auf dem Arbeitsmarkt über die ehemalige Grenze hinweg ist wohl schon jetzt eingeschlafen. Dennoch bleiben die Wanderungsbewegungen ein Problem, weil wahrscheinlich eher die Leistungsfähigsten und Mobilsten nach wie vor auf den westdeutschen Arbeitsmarkt drängen und damit die Aussicht auf eine wirtschaftliche Erholung und Annäherung an das westdeutsche Niveau in den neuen Bundesländern dauerhaft verschlechtern. Im Endeffekt ergäbe sich aus der Lohnniveau- und Verbrauchssenkung die Mezzogiorno-Konstellation, mit der ehemaligen DDR als Billigarbeitskräftereservoir für die westliche Bundesrepublik.

Um die Ostbürger zum Verbleib anzuhalten, wurde ihnen von der Regierung im letzten Wahlkampf das Versprechen einer Anpassung der Einkommen nach oben gegeben. Zwar haben die deutlichen Lohnsteigerungen wahrscheinlich dazu beigetragen, die Migration zu dämpfen, aber sie waren offensichtlich auch hoch genug, um die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit der Betriebe in der ehemaligen DDR weiter zu beeinträchtigen. Akerlof et al. (1991, S.19) haben schon kurz nach der Einigung geschätzt, daß nur 8,2 % der Industriebeschäftigten in überlebensfähigen Betrieben arbeiteten (nach dem Kriterium, ob die in DM kalkulierten Erträge der Kombinate die in DM kalkulierten, laufenden variablen Kosten decken können). Diese frühe pessimistische Schätzung wird durch die Ereignisse in der ostdeutschen Industrie bestätigt: Von Anfang 1990 bis Mitte 1992 ist die Zahl der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe von 4,2 auf 2,1 Millionen zurückgegangen (DIW 39/92, S.469), das Gemeinschaftsgutachten spricht von einem Rückgang von 3 Mill. vor der Einigung auf derzeit 1,25 Mill. im verarbeitenden Gewerbe, mit einem

---

6 Akerlof et al. (1991, S. 34f.) haben aufgrund einer frühen eigenen Umfrage die Wahrscheinlichkeit einer wirklich massenhaften Migration allerdings als gering eingeschätzt. Das Argument, man müsse die Löhne im Osten dem Westniveau angleichen, um Migration zu verhindern, sei falsch. Vielmehr seien die hohen Löhne ein Hauptgrund der Arbeitslosigkeit und erst die Aussicht auf dauerhafte Arbeitslosigkeit würde eine relevante Zahl von Erwerbstätigen zur Migration treiben. Demgegenüber seien die meisten Befragten bereit, Lohnkürzungen hinzunehmen, wenn sie dann beschäftigt blieben oder würden. Wahrscheinlich wird diese Frage demnächst per Sozialexperiment beantwortet.

Rückgang des Anteils der Industriebeschäftigten an allen Beschäftigten von einem Drittel auf ein Fünftel.

Wie auch immer man den Anstieg der Löhne in der ehem. DDR beurteilen mag, er ist, selbst wenn man wollte, kurzfristig nicht mehr soweit rückgängig zu machen, daß die z.Z. noch existierenden Betriebe allesamt kostenmäßig hinreichend entlastet werden könnten. Die Betriebe verschulden sich, werden subventioniert oder geschlossen. Die Arbeitskräfte werden auf Kurzarbeit gesetzt, weitergebildet, umgeschult, vorzeitig verrentet oder entlassen. Trotzdem wollen sie und ihre Familien leben und dazu brauchen sie Geld. Somit wird es auf absehbare Zeit dabei bleiben, daß erhebliche West-Ost-Transfers für primär konsumtive Zwecke stattfinden. Der Subventionsbedarf kann in verschiedenen Formen (Lohnsubventionen, Arbeitslosengeld, Renten usw.) gedeckt werden, aber er besteht auf jeden Fall so lange, bis durch Investitionen soviel neue Arbeitsplätze geschaffen werden, daß ein neues Gleichgewicht zwischen Einkommen und Konsum im »Beitrittsgebiet« entsteht. Gegen das bestehende Ungleichgewicht hilft es nichts, möglichst viele Arbeitskräfte vom Arbeitsmarkt zu nehmen. Damit wird, beispielsweise beim vorgezogenem Ruhestand, das Problem nur von verschiedenen Möglichkeiten der direkten Einkommenssubvention zu den Sozialversicherungen geschoben. Analog gilt für die Verwandlung von erwerbstätigen Frauen in Hausfrauen, daß sie als Einkommensproduzentinnen im Sinne der Marktwirtschaft ausfallen. Die in der alten Bundesrepublik übliche Kosmetik für die Arbeitslosenstatistik, der gemäß Arbeitslose, die sich vorzeitig verrenten lassen oder an Qualifikations- oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen teilnehmen oder kurzarbeiten oder in die echt stille Reserve abwandern, nicht mehr als Arbeitslose gezählt werden, kann zwar auch das Bild in den neuen Bundesländern verschönen. Die registrierte Arbeitslosigkeit liegt nur bei etwa 1,2 Millionen oder 16%. Es ist zudem richtig, daß die entsprechenden arbeitsmarktpolitischen Programme für die Beteiligten allemal besser sind als passive Arbeitslosigkeit. Aber am Problem der Lücke zwischen Einkommen aus marktförmiger Erwerbstätigkeit und Konsumausgaben, das die Misere in der ehem. DDR kennzeichnet, ändert sich weder durch sozialstaatlich finanzierte Entlastungen des Arbeitsmarkts etwas noch durch beschönigende Arbeitslosen-Statistiken. Insofern sind also im Hinblick auf die oben gestellte erste Frage die Sorgen der Bundesbank berechtigt. Der West-Ost-Transfer-Bedarf bleibt uns erhalten.

#### 4. Schulden, Steuern und Sozialversicherungsbeiträge

Wie steht es mit der zweiten Frage nach der Art der Finanzierung dieser Transfers? Prinzipiell gilt zunächst, daß die dem Transfervolumen entsprechenden Leistungen im laufenden Wirtschaftsprozess erbracht werden müssen, gleichgültig, ob sie mittels Staatsverschuldung oder höheren Steuern oder Sozialabgaben finanziert werden. Es sollte also bei der Diskussion um die Staatsverschuldung nicht primär darum gehen, daß der Finanzminister die Lasten der Einheit auf unsere Kinder oder Enkel verschiebt, wenn er jetzt Schulden macht, die in zehn Jahren zurückgezahlt werden müssen. Wichtig ist vielmehr, welche Ressourcen aktuell auf welche Weise für die West-Ost-Transfers in Anspruch genommen und damit in ihrer Verwendung umgewidmet werden. Entscheidend ist die gegenwärtige Verwendung dieser Ressourcen. Investitionen versprechen den künftigen Reichtum zu vermehren, während Konsum den schönen Dinge dieser Welt hier und jetzt ein mehr oder weniger freudvolles Ende macht. Investitionen versprechen zudem die schmerzlose Rückzahlung der Schulden aus dem durch sie finanzierten Wachstum, während Verbrauch auf Pump die Notwendigkeit des Schuldenmachens fortschreibt. Man kann natürlich auch in diesem Fall die kreislaufmäßigen Effekte zusätzlicher Verbrauchsausgaben weiter verfolgen und mit einigem Recht ihre stimulierende Wirkung behaupten: die Kaufwelle im Osten führt zum Konsumgüterindustrieboom im Westen, damit zu zusätzlichen Staatseinnahmen und schon ist ein Teil der West-Ost-Transfers wieder eingespielt. Aber ehe wir uns in den Seitenläufen des Wirtschaftskreislaufs verlieren, betrachten wir lieber das Gesamtbild und die Grundoptionen zur Finanzierung der West-Ost-Transfers.

Hier ist nun auffällig, daß trotz aller schon in Kraft gesetzter Steuer- und Abgabenerhöhungen (von der drastischen Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge über den vorübergehenden sog. Solidaritätszuschlag bis zur Erhöhung von Verbrauchssteuern für Tabak und Mineralöl, zur Mehrwertsteuererhöhung und zur Zinsabschlagsteuer) nach der Vereinigung weder die staatlichen Einnahmen insgesamt (inklusive Sozialversicherungsabgaben) noch die Steuereinnahmen in ihrem relativen Gewicht, gemessen als Anteile am Bruttosozialprodukt, bisher den gestiegenen Ausgabeanforderungen gemäß gewachsen sind. Dagegen hat beim Staatsausgabenanteil mit über 50% des BSP im Durchfluß durch die Staatskassen so etwas wie eine Rückkehr zu sozialliberalen Zeiten stattgefunden. Dementsprechend bewegt sich das Defizit (inklusive dem der Treuhandanstalt) mit etwa 5% des Bruttosozialprodukts auf einem Niveau, das nur in der Krisenperiode Mitte der siebziger Jahre überschritten wurde.



Diese Konstellation ist nicht sonderlich stabil, schon allein weil der Anstieg der Staatsverschuldung ein spezifisch (west-?)deutsches Angstthema ist. Die Dauerdrohung mit dem Schuldenberg läßt ein strategisches Kalkül ahnen, denn eigentlich müßte die Diskussion wenigstens auf der Grundlage einer Unterscheidung geführt werden zwischen Schulden, die zur Finanzierung von Investitionen, und Schulden, die zur Finanzierung des laufenden Verbrauchs gemacht werden. Vielleicht liegt hier eine Art Politikzyklus vor: In einem Wahljahr erhöht eine an ihrer Wiederwahl interessierte Regierung nicht die Steuern, auch wenn absehbar ist, daß sie mehr Geld braucht. Um in der unmittelbaren Folgezeit ihre Glaubwürdigkeit zu erhalten, macht sie weiter Schulden. Erst dann folgt der Verweis auf die leeren Kassen einerseits und die Unmöglichkeit, noch mehr Schulden zu machen andererseits. Zugleich findet die Bundesbank solches Finanzgebaren natürlich unerträglich. Ihre Drohgebärden setzen die Regierung unter den äußeren Zwang, im Nachschlag die Steuern zu erhöhen oder Sparprogramme anzusetzen. Die Regierung kann dann immer noch sagen, sie habe es anders gewollt.

Dieses Verfahren ist, wie sich inzwischen zeigt, nicht nur riskant wegen der mit dem möglichen, kräftigen Tritt auf die Zinsbremse verbundenen Rezessionsgefahr: die Bundesbank fährt nicht mit ABS. Das Verfahren ist auch in seinen Verteilungswirkungen problematisch. Steuererhöhungen sind schon schlimm genug, aber solange der Staat mit den zusätzlichen Ressourcen demokratisch legitimierte Aufgaben wahrnimmt und die Steuerlasten einigermaßen fair verteilt sind, ist daran nicht viel auszusetzen, auch wenn es zu Umverteilungen zwischen Begünstigten und Belasteten kommt. Demgegenüber dürfte Verschuldung zu konsumtiven Zwecken demokratisch kaum legitimierbar sein, weil es nicht nur, wie bei einem privaten Konsumkredit, darum geht, daß man aufgrund eigener Entscheidung jetzt konsumiert und später (etwas mehr) zahlt. Vielmehr geht es darum, daß die Steuerzahler aufgrund einer Entscheidung der Regierung laufend die Zinsen für die Finanzierung des laufenden Konsums anderer berappen müssen. Ein immer größerer Anteil der Steuereinnahmen fließt einfach nur aus den Taschen der Steuerzahler in die der Halter von Staatsschuldtiteln, die dafür dem Staat die Disposition über ihr Geldvermögen überlassen. Der Staat transferiert das Geld in die neuen Bundesländer, wo es in der Form von Einkommen und Einkommenshilfen verausgabt wird. Die Verausgabung dieses Geldes für konsumtive Zwecke nützt unmittelbar den Konsumenten, aber den Steuerzahlern allenfalls über Effekte zweiter Ordnung.

Die Warnungen der Bundesbank legen die Suche nach Alternativen zur Verschuldung nahe. Natürlich gibt es die bereits andeutungsweise reali-

sierte Alternative der Steuer- und Abgabenerhöhungen. Die Regierung tut sich damit schwer. Einerseits ist sie mit dem Vorhaben angetreten, die Steuerbelastungen der Unternehmen zu senken (mit der falschen Behauptung, diese Belastungen seien in der Bundesrepublik im Vergleich zum internationalen Niveau ungewöhnlich hoch). Andererseits muß sie die zusätzliche direkte Belastung der Einkommen der abhängig Beschäftigten scheuen. Die Verteilungsrelationen zwischen (Brutto-) Löhnen und Gewinnen verschieben sich seit Jahren drastisch zugunsten der Gewinne.<sup>7</sup> Wenn man die Abgabenlasten miteinbezieht, kann man die Verschlechterung der Lohnquote nur noch als dramatisch beschreiben, denn die Diskrepanz zwischen Brutto- und verfügbarem Einkommen wird immer größer, hauptsächlich wegen der steigenden Abgaben für die sozialstaatlichen Sicherungssysteme. Die Bundesregierung hat einerseits mit der drastischen Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bereits einen nicht unbeträchtlichen Teil der Kosten, die die Bundesanstalt für Arbeit in den neuen Ländern (oder für Aus- und Übersiedler) aufwendet, nur auf die versicherungspflichtigen, abhängig Beschäftigten abgewälzt und nicht, wie es der »nationalen« Problemlage angemessen wäre, auf alle Steuerzahler umgelegt. Andererseits ist seit Mitte des 1992 der sog. Solidarzuschlag, der proportional zur Lohn oder Einkommensschuld erhoben wurde, wieder abgeschafft worden. Während diese Form der Steuerbelastung der Semantik einer »nationalen Aufgabe« entsprochen hatte, weil sie in etwa alle Steuerzahler nach ihrer Zahlungsfähigkeit belastet, ist die Anhebung der Mehrwertsteuer, die das Aufkommen des Solidarzuschlags ersetzen soll, erneut eine Maßnahme, die die Bezieher kleinerer Einkommen stärker belastet (weil sie einen höheren Anteil ihres Einkommens konsumieren). Vom Umfang her reicht das zusätzliche Steueraufkommen nach wie vor nicht aus. In Frage steht aber, ob die Akzeptanz weiterer Steuerzuschläge dieser Art erwartet werden kann, wenn sich auch noch herumspricht, daß gleichzeitig die Steuerbelastung der Unternehmen verringert wird. Die Bundesregierung scheut offenbar davor zurück, die Antwort praktisch auszutesten.

---

7 Die Bundesbank hat die schiefe Verteilung zwischen Löhnen und Gewinnen bereits vorsorglich unter dem Etikett »Normalisierungsprozeß« thematisiert. Er war angeblich »erforderlich... um die Rentabilität zusätzlicher Investitionen an sich und im Vergleich zu den weit weniger risikobehafteten Geldvermögensanlagen wieder herzustellen.« (Monatsbericht 8/91, S.45) Diese Begründung ist voller hintergründigem Humor: Der deutsche Michel konkurriert in seiner Eigenschaft als Steuerzahler, der für die wachsenden Zinslasten aufgrund der Staatsverschuldung aufkommt, mit sich selbst als abhängig Beschäftigtem um die Ehre, wen er durch Einkommensverzicht am meisten beglücken darf: Rentiers oder Unternehmer.

Es bleibt als dritte Möglichkeit zur Finanzierung der West-Ost-Transfers das Sparen. »Sparen« klingt, auch wenn es der Staat macht, gut und solide, bedeutet aber Ausgabenkürzungen bei monetären Transfers oder staatlichen Sach- und Dienstleistungen. Um die möglichen Belastungen aus Einsparungsvorhaben abzuschätzen, muß man die gegenwärtigen Nutznießer der entsprechenden Programme kennen, die sowohl staatliche Akteure und staatliche Auftragnehmer als auch die Adressaten der Programme umfassen können. Das ist oft schwer zu überblicken. Die einschlägigen politischen Optionen sind jedoch in den großen Zügen klar: Da sich die Nato-Länder offenbar darauf geeinigt haben, die mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation gegebenen Einsparungsmöglichkeiten fürs Militär zu ignorieren, und da Subventionen für die Land- und sonstige Wirtschaft trotz Möllemanns längst vergessenem Rücktrittsangebot in unseren schweren Zeiten nötiger sind denn je, bleiben eigentlich nur die Bereiche Soziales, Bildung und Wissenschaft, wenn in lohnendem Umfang gespart werden soll. Das Sparen fällt dabei insofern relativ leicht, als es in vielen staatlichen Dienstleistungsbereichen nicht notwendig ist, bestimmte Ausgabenposten effektiv zu kürzen. Es genügt, sie nicht den durch den Beitritt der fünf neuen Länder gewachsenen Aufgaben gemäß zu erhöhen. Wenn, einmal angenommen, die Gelder für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen insgesamt gleichbleiben, aber im Westen die Anzahl der ABM-Stellen gekürzt, im Osten dagegen erhöht wird, gibt es zwar das soziale Aggregat: Arbeitslose im Westen, das durch diese Entscheidung benachteiligt wird, aber keine Personen, die sich direkt belastet fühlen könnten, weil der Kreis derjenigen, die von AB-Maßnahmen ausgeschlossen bleiben, in Hinsicht auf Personen undefiniert ist. (In Westberlin soll es inzwischen schon Personen geben, die sich im Ostteil der Stadt fiktiv anmelden, damit sie in den Genuß einer ABM-Stelle kommen.) In anderen Bereichen, in denen die Belastungen durch Einsparungen unmittelbarer sichtbar wären, agieren die politischen Entscheidungsträger entsprechend vorsichtiger, sei es, daß steigende Belastungen nicht mit den West-Ost-Transfererfordernissen begründet werden, sei es, daß die Belastungen durch Kürzungen in der Form ausbleibender Leistungsanpassungen kaschiert bleiben: Wenn der Bafög-Richtsatz im Westen nicht erhöht und im Osten allmählich auf das Westniveau angehoben wird, bleibt die Tatsache relativ unauffällig, daß die Nichtanpassung an die steigenden Lebenshaltungskosten im Westen effektiv eine Leistungskürzung bedeutet.

Während es solche wenig sichtbaren Sparvorgänge in - gemessen an den Ausgabenerfordernissen für die West-Ost-Transfers - begrenztem Umfang bereits gibt, hat die Regierung massive, sichtbare Sparaktionen bisher

nicht durchgeführt. Das ist aus zwei Gründen verständlich. Erstens führt jedes Sparprogramm mit der Verknappung der Etatmittel zu einem Konflikt zwischen den Ressorts, da kein Minister und keine Verwaltung sich gerne mit der Ankündigung von Leistungskürzungen an die Öffentlichkeit wendet. Wen soll es also treffen? Eine Regierung kann sich mit der Beantwortung dieser Frage leicht selbst lahmlegen. Zweitens setzt die Ankündigung von breiten Sparmaßnahmen nicht nur den Protest der Betroffenen bzw. der entsprechenden Interessenverbände in Gang, sondern womöglich einen öffentlichen Diskurs über die Fairness der gesamten Lasten- und Nutzenverteilung. Eine Einigung über einschlägige Fairness-Kriterien würde zwar bei deren Umsetzung die Akzeptanz von Sparscheidungen steigern, aber kann man eine solche Einigung erwarten? Eher führt die Diskussion um die Lasten- und Kostenverteilung doch wohl in stärkere Konflikte und zur kruden Interessendurchsetzung durch relativ knappe, mittelfristig erodierende Mehrheiten (wie das Beispiel der Regierung Thatcher gezeigt hat). Massives Sparen lohnt sich politisch nicht. In der derzeitigen Konjunkturphase würde es zudem die rezessiven Tendenzen verstärken. Vermutlich wird es also beim punktuellen oder verdeckten Sparen bleiben. Auch letzteres ist nicht unbedingt konfliktfrei möglich, weil die implizierten relativen Benachteiligungen der betroffenen sozialen Gruppen auf die Dauer doch erkennbar werden. Sind wir nicht laufend damit befaßt, unsere je eigene soziale und wirtschaftliche Situation, unser Einkommen, unsern Lebensstandard mit denen anderer in unserem Umfeld zu vergleichen? Dieser Dauerbeobachtung können Verschiebungen im Gefüge sozialer Positionen nicht verborgen bleiben. Sie führt zu dem, was sich vielleicht mittels eines Konsenses über faire Kriterien der Lastenverteilung durch Sparmaßnahmen vermeiden ließe: zur Entsolidarisierung.

## 5. Entsolidarisierung?

Gleichgültig, ob in relativ verdeckter Form gespart wird, ob die Steuern und Sozialversicherungsabgaben oder die Zinslasten erhöht werden<sup>8</sup>, in

---

8 Die Belastungsinzidenz ist jedesmal unterschiedlich. Am eindeutigsten selektiv wirken Transfers über Sozialversicherungen: versicherungspflichtig sind nur die abhängig Beschäftigten mit Ausnahme der Beamten und derjenigen, die die jeweiligen Einkommensgrenzen überschreiten. Diese Art der Finanzierung hat ausdrücklich regressive Umverteilungswirkungen. Ebenso die über Verschuldung, soweit die Staatsgläubiger in den oberen Einkommens- und Vermögensklassen sitzen und die Zinslasten aus dem allgemeinen Steueraufkommen getragen werden. Angesichts der durch den Appell an die Solidarität der Nation gesetzten Maßstäbe der Belastungsverteilung wäre allein die Finanzierung der Einheit über direkte Einkommenssteuern angemessen.

jedem Fall muß man damit rechnen, daß die dauerhaften und womöglich noch steigenden Belastungen durch West-Ost-Transfers zu einem Entsolidarisierungseffekt im Westen führen. Das entspräche einfach der an Kosten-Nutzen-Kalkülen orientierten, selbstsüchtigen ökonomischen Rationalität, die den Altbundesbürgern jetzt öfter vorgeworfen wird, ein Vorwurf, der einen Teil der Westdeutschen sicher zurecht trifft.

Darüberhinaus besteht aber ein Zusammenhang zwischen der Art der Belastung, ihrer Verteilung und dem Niveau der Zahlungswilligkeit. In einer kapitalistischen Ökonomie liegt es systembedingt nahe, daß jeder das eigene Einkommen als äquivalentes Entgelt für die eigene Arbeitsleistung definiert. In einem sozialstaatlichen Sicherungssystem wie dem der Bundesrepublik (alt) wird diese Zurechnung verlängert (Ganßmann 1986): Auch im Bereich sozialstaatlicher Umverteilungen geht es im Kern darum, für Vorleistungen (wie Steuern und Sozialversicherungsabgaben) irgendwann, im Versicherungsfall, im Alter, ein Äquivalent an staatlichen Transferleistungen zu beziehen. Von den Randbereichen des sozialstaatlichen Sicherungssystems (wie der Sozialhilfe) abgesehen, legt seine Organisationsweise nahe, die Empfänger sozialstaatlicher Transferleistungen, ob im Westen oder im Osten, danach zu beurteilen, ob sie entsprechende Vorleistungen vorzeigen können. Wenn nicht, stehen sie unter Schmarotzerverdacht, der sich mit der Länge ihrer Untätigkeit und der Höhe ihrer Bezüge verdichtet. Die bundesrepublikanischen Vorzeigeeinrichtungen für gesellschaftliche Solidarität, die sozialstaatlichen Sicherungssysteme, funktionieren überwiegend nach einer Logik der Äquivalenz, der gemäß in die sogenannte Solidargemeinschaft der Versicherten nur aufgenommen werden soll, wer Vorleistungsbereitschaft gezeigt hat. Die Sicherheit, daß Nicht-Leistungswillige (aber auch -fähige) ausgeschlossen bleiben (Offe 1991), garantiert die Akzeptanz der immer weiter gewachsenen Abgabelasten. Für den garnicht so kleinen Teil der Bevölkerung, der Vorleistungen nicht erbringen kann oder dem die Gelegenheit dazu nicht geboten wird, sorgt das System mittels der aus allgemeinen Steuern finanzierten Sozialhilfe.

Angesichts des vergangenen und gegenwärtigen West-Ost-Gefälles im wirtschaftlichen Leistungsniveau liegt es für die Westdeutschen nahe, solange sie gemäß der Logik ihres Wirtschaftssystems Leistungen Personen zurechnen, den gegenwärtigen und künftigen ostdeutschen Sozialstaatsklienten mehr oder weniger jene Äquivalenzfähigkeit abzusprechen, die ihnen erst die Anerkennung als gleichberechtigte Mitglieder des bundesrepublikanischen sozialen Sicherungssystems sichern kann. Von daher ist erwartbar, daß die Finanzierung von Vereinigungslasten über die sozialen Sicherungssysteme, allen voran die Renten- und die Arbeitslosenversiche-

rung, von den westdeutschen Beitragszahlern als illegitim wahrgenommen wird. Die Ostdeutschen haben in dieser Wahrnehmung (genauso wie die Aussiedler) die Mitgliedschaftsbedingungen für die »Solidargemeinschaft« der Sozialversicherten nicht erfüllt. Wenn die Regierung, und bisher zeichnet sich keine Änderung ab, weiterhin große Teile der Vereinigungslasten über die Sozialversicherungssysteme finanziert, riskiert sie einerseits einen höheren Entsolidarisierungseffekt als bei einer durchaus vergleichbaren, aber in ihrer Verteilung als »fair« definierten Steuerbelastung. Andererseits riskiert sie eine sinkende Akzeptanz der sozialen Sicherungssysteme selbst: als Institutionen realisieren sie den »impliziten Kontrakt« nicht mehr, der durch die (mitunter fiktive) Äquivalenz von Leistung und Gegenleistung definiert ist. Eine solche Rückwirkung des Einigungsprozesses auf die Institutionen der alten Bundesrepublik träfe eine ihrer tragenden Säulen.

Entsolidarisierung entsteht also mit einiger Sicherheit aus der bloßen Funktionslogik des sozialen Sicherungssystems, sobald die Existenz einer sich aus ehem. DDR-Bürgern rekrutierenden, aus Sozialversicherungsbeiträgen alimentierten Dauersozialstaatsklientel beobachtbar wird. Die Entsolidarisierungstendenz wird sich zudem immer dann verstärken, wenn die durch die West-Ost-Transfers und ihre politische Regulierung bedingte Lastenverteilung als unfair wahrgenommen wird. Auf der Ebene des Sozialstaats erzeugt diese Entsolidarisierungstendenz Druck in Richtung der Nicht-Anerkennung DDR-spezifischer Vorleistungen und Sonderbedingungen, also letztlich den Druck, die an Private gehenden Transferleistungen in Richtung Sozialhilfe zu senken. Das Einkommen aus der Sozialhilfe ist ja das, was unsere Gesellschaft übrig hat für all diejenigen, die den Anschluß an das erwartete wirtschaftliche Leistungsniveau aus welchen Gründen auch immer nicht finden. Es definiert jeweils das Minimalniveau praktizierter, in politisch-administrativer Weise umgesetzter Solidarität, damit auch die ökonomische Grenze möglicher Entsolidarisierung. Der ministerielle Vorschlag, den Sozialhilfesatz für Asylbewerber zu senken, zeigt, daß diese Grenze durchaus verschoben werden kann.

Falls diese erwartbare Tendenz zur Entsolidarisierung - parteipolitisch aufgegriffen und verstärkt - durchschlüge, könnte das Sozialhilfeniveau das Einkommen markieren, das diejenigen Bürgerinnen und Bürgern der ehemaligen DDR erwarten dürfen, die den Anschluß verpassen, sei es massenhaft, weil das Projekt Aufschwung Ost nicht klappt, sei es als im Vergleich zur alten Bundesrepublik (mit ihren ca. 5 % Sozialhilfempfängern) sicherlich verstärkte untere Randgruppe. Im ersten Fall wären wir mitten im Mezzogiorno-Szenario: Die West-Ost-Umverteilung wird auf das allernötigste Minimum reduziert. Der arme, sich langsam entvöl-

kernde Osten stellt einzelwirtschaftlich keine Konkurrenz, gesamtwirtschaftlich keine direkte Bereicherung, sondern lediglich das Arbeitskräfte- und Raumreservoir dar für den damit um so flexibleren, wachstumsfähigeren Westen.

Wie wahrscheinlich ist es, daß eine relevante politische Partei die nicht unwahrscheinliche, unterschwellige Entsolidarisierungstendenz bei den Westdeutschen aufgreift? Soweit die großen Parteien Belastungsakzeptanz durch das Spielen der »nationalen Karte« erzeugen wollen, ist das parteipolitische Forcieren der Entsolidarisierung eher unwahrscheinlich, denn es läßt sich schwerlich ein konsistentes Programm aus den Bausteinen Nationalismus und deutschdeutsche Entsolidarisierung formulieren. Zudem, das wurde z.B. an der in der West-Ost-Dimension genau differenzierten Wahlpropaganda der CDU<sup>9</sup> deutlich, geht es im Osten nicht nur um Wählerstimmen, sondern gegenwärtig noch um ein besonders attraktives, weil in seinen parteipolitischen Präferenzen bisher weniger als im Westen erstarrtes Wählerreservoir. Die Verstärkung der Entsolidarisierungstendenz wäre demnach gegenwärtig nur für separatistisch-populistische Strömungen im Westen eine Option. Um sie mit nationalistischen Tönen kompatibel zu halten, müßte es vor allem gelingen, die Opfer des Solidaritätsentzugs für diesen selbst verantwortlich zu machen durch die Zuschreibung von Negativeigenschaften (wie »Sozialstaatschmarotzer«), entweder auf »Ossis« generell oder auf eine gewichtige Auswahl bestimmter Teilgruppen der Bevölkerung der ehem. DDR (von Stasi-Mitarbeitern bis zu »Roten Socken« und nicht mehr lernfähigen Älteren).

Bei all dem spielt sicher auch eine Rolle, daß die vordringliche Thematisierung der Lasten der Einheit im Westen die Fähigkeit der dortigen Wähler beeinträchtigen kann, zwischen denjenigen Einkommenseinbußen zu unterscheiden, die sich West-Ost-Umverteilungen und denjenigen, die sich der schiefen Lohn-Gewinn-Verteilung verdanken. In der öffentlichen und selbst in der gewerkschaftlichen Diskussion ist bisher kaum zur Kenntnis genommen worden, daß die Bundesrepublik (alt) eine immer ungleichere Einkommensverteilung aufweist. Es liegt bestimmt im Interesse der besserverdienenden Bundesbürger, wenn diese Zusammenhänge möglichst wenig thematisiert werden. Nichts eignet sich zur Überlagerung des Themas Einkommensverteilung zwischen Lohnabhängigen- und Gewinn- und Vermögenseinkommen wohl besser als die Dauerthematizierung der West-Ost-Verteilung: Da läßt sich nicht nur eine ganze Herde von Sündenböcken vorzeigen, die dafür verantwortlich gemacht werden

9 Die Berliner CDU hatte bei den letzten Wahlen im Ostteil der Stadt mit der Formel geworben: Gleichen Lohn für gleiche Arbeit gibt es nur mit uns. Im Westteil wurde die Frage der Entwicklung der Einkommen im Osten hingegen nicht thematisiert.

kann, daß die Masse der Altbundesbürgerinnen nicht mehr immer mehr verdient. Gleichzeitig kann ebenso nachdrücklich darauf bestanden werden, daß allein staatlich verordnetes Investorenhätscheln ein Ende der Misere verspricht.

Vor diesem Hintergrund läuft das Abverlangen von mehr nationaler Solidarität offenbar auf den Versuch hinaus, die Altbundesbürger mit einer Art abgeschwächter Blut-Schweiß-und-Tränen-Semantik von der Fixierung aufs Portemonnaie und der Neigung zur Entsolidarisierung abzubringen. Ob eine dramatisierende Deutung der deutschen Situation diesen Effekt haben kann? Einerseits ist die Situation zu kompliziert. Niemand ist gern solidarisch, wenn er das Gefühl hat, dadurch ausgenutzt zu werden. Solidarität könnte wohl eher nach einer offenen Diskussion der notwendigen Schritte zur Überwindung der Einigungsprobleme abverlangt werden als mit dem undifferenzierten Appell ans Nationale. Andererseits ist die Situation nicht dramatisch genug. Die Blut-Schweiß-und-Tränen-Semantik wirkt nur überzeugend angesichts einer wirklich bedrohlichen Notlage. Da jede Bundesbürgerin täglich im Fernsehen beobachten kann, wie es in Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Polen und den Teilen der ehemaligen Sowjetunion zugeht, verblaßt die Dramatik der Situation in der ehem. DDR und in Gesamtdeutschland. Die Ausrufung des nationalen Notstands ist nicht überzeugend. Hinzu kommt, daß die Regierung den Solidarität abverlangenden Anlauf zu nationalen Anstrengungen schon jetzt durch die Art der Verteilung der Lasten der Einheit sabotiert hat. Wenn im Namen der Nation geforderte Solidarität regierungsamtlich übersetzt wird in eine einseitige Belastung der Lohnabhängigen, wie bei der Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge, oder der Rentner, wie bei der erwogenen Aussetzung der Rentenerhöhung, oder der Bezieher niedriger Einkommen, wie bei der Mehrwertsteuererhöhung, kann die richtige Stimmung des »Alle-in-einem-Boot-Sitzens« nicht aufkommen. Das dürfte auch so bleiben, solange die Regierung auf das seit der »Wende«-Operation von 1982/83 praktizierte Anti-Robin-Hood-Umverteilungsprogramm von unten nach oben festgelegt ist.

Angesichts der unübersichtlichen Lage, in der die Regierungskoalition auf Durchwursteln setzt, die Altbundesbürgerinnen zur Kasse gebeten und die Neubundesbürger massenhaft entlassen werden, nützen zur Orientierung vielleicht sozialwissenschaftliche Analyse und Aufklärung etwas, aber keine moralisierenden Vorwürfe oder Phantasien von einer »Kultur des Teilens« und auch keine Versuche von Teilen der Sozialdemokraten, das Stigma der »vaterlandslosen Gesellen« endlich loszuwerden. Der Konflikt um die Verteilung der Lasten der Einheit ist nicht zu vermeiden. Er sollte nicht durch riskante Appelle an nationale Gefühlslagen übertüncht, son-



dem besser gleich offen ausgetragen werden, so daß er möglichst wenig für irgendwelche Machterwerbs- oder -erhaltungsinteressen instrumentalisierbar ist. Daß »nationale« Solidarität nicht ohne weiteres vorausgesetzt und in Anspruch genommen werden kann, müßte sich inzwischen herumgesprochen haben. Vielleicht entsteht aber so etwas wie gesamtdeutsche Solidarität in der Auseinandersetzung mit schlechter Politik?

### Literatur:

- Akerlof, G.A. et.al. (1992), *East Germany In From the Cold*, Brookings Papers on Economic Activity, Washington D.C.
- Deutsche Bundesbank (1991), *Monatsberichte*, Juli und August.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (1991), *Wochenberichte* 7, 17, 18-19, 24, (1992), 39, 44.
- Ganßmann, H. (1986), Lohn, Leistung und Sozialstaat, in Projektgruppe Grüner Morgen-  
tau (Hg.), *Perspektiven ökologischer Wirtschaftspolitik*, Frankfurt a.M., S. 329-350.
- Lepenes, W. (1992), Deutsche Zustände: Grenzen der Gemeinschaft, in: Hager, F.  
(Hg.)(1992), *Geschichte denken. Ein Notizbuch für Leo Löwenthal*, Leipzig, S. 228-253.
- Offe, C. (1990), Wohlstand, Nation, Republik. Aspekte des deutschen Sonderweges vom  
Sozialismus zum Kapitalismus, unveröff. Mskript, Bremen.
- Offe, C. (1991), Social Policy, Solidarity, and the Nation State, unveröff. Mskript,  
Bremen.
- O'Higgins, M. et.al. (1990), Income Distribution and Redistribution, in: Smeeding, T.M.  
et. al. (eds.) (1990), *Poverty, Inequality and Income Distribution in Comparative Per-  
spective*, New York, S. 20-56.
- Spahn, Heinz-Peter (1991), Das erste und das zweite deutsche Wirtschaftswunder, in :  
*Wirtschaftsdienst* 1991/II
- Wirtschaft und Statistik* (5/1991), Sozialprodukt im Gebiet der ehemaligen DDR im 2.  
Halbjahr 1990.